

Frankfurter Rundschau
 Druck- und Verlagshaus
 Frankfurt am Main GmbH

Chefredakteure:
 Joachim Frank, Rouven Schellenberger
Mitglied der Chefredaktion: Stephan Hebel

Politik und Wirtschaft: Arnd Festerling (Leitung)
 Monika Kappus (Politik)
 Bernd Salzmann (Wirtschaft)
Sport: Thomas Vögele
Feuilleton: Christian Thomas
Magazin/Panorama: Martin Scholz
Wissen und Bildung: Karl-Heinz Karisch
Frankfurt: Lutz Fischer (komm.)
Rhein-Main: Stefan Kuhn
Multimedia: Michael Bayer (Tablet),
 Markus Wanderl (fr-online.de)
 (jeweils verantwortl.)

Leitende Redakteure
 Regine Herrmann, Wolfgang Wagner (Deskchefs),
 Ursula Rüssmann, Brigitte Spitz,
 Joachim Wille (Politik),
 Astrid Hölscher (Meinung),
 Katharina Sperber (Magazin),
 Christoph Albrecht-Heider (Reportage),
 Claus-Jürgen Göpfert (Frankfurt),
 Pitt von Bebenburg (Landespolitik Hessen),
 Werner Neumann (Ausbildung)

DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH
 Brigitte Fehrl (Chefredakteurin),
 Robert von Heusinger
 (Stellvertreter der Chefredakteur),
 Christian Bommarius, Karl Doemens,
 Holger Schmale, Arno Widmann

Gestaltung und Produktion:
 FR-Publishing GmbH. Geschäftsführung: Annette
 Tiedge, Hans-Dieter Klein, Joachim Löw
ArtDirection: Annette Tiedge,
 Bild: Torsten Deutzmann

Redaktion und Verlag:
 Postanschrift: 60266 Frankfurt am Main,
 Hausadresse:
 Karl-Gerold-Platz 1, 60594 Frankfurt am Main,
 Telefon 069/2199-1
 (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im
 Impressum genannten Verantwortlichen und Ver-
 tretungsberechtigten),
 Internet: www.fr-online.de

Geschäftsführer: Karlheinz Kroke
Anzeigen: Karsten Hundhausen (verantwort.)
Marketing: Ralf Walther
Vertrieb: Ralf Prokasky
Logistik: Jan Ochs
Sämtlich: Frankfurt am Main
Anzeigenpreise laut Liste Nr. 69 und 69a vom
 1. Januar 2011

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.
 Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung
 in Hessen 33,25 Euro; Trägerzustellung übriges
 Bundesgebiet und Postbezug 34,45 Euro;
 ermäßigter Bezugspreis für Studierende,
 Wehrpflichtige, Zulienstleistende und
 Auszubildende 19,75 Euro (Nachweis
 erforderlich!);
 alle Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer.

Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.

Telefax Anzeigen: 069/1310030;
 Telefax Vertrieb: 069/2199-3264.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages
 oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung.
 Für unverlangte Einsendungen übernehmen
 wir keine Verantwortung. Eine Verwertung
 der urheberrechtlich geschützten Zeitung und al-
 ler in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildun-
 gen, insbesondere durch Vervielfältigung
 und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche
 Zustimmung des Verlages ist unzulässig und straf-
 bar. Insbesondere ist die Einspeicherung
 und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer
 Form verteilten Zeitung in Datenbanksystemen
 ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg,
 Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg,
 Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is publis-
 hed daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt
 am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main.
 Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and
 additional mailings offices. Address changes
 should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St. #3,
 P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518.
 For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

GASTBEITRAG
Am blaugelben Faden

Als Steuersenkungspartei
 allein hat die FDP
 keine Zukunft. Richtig
 verstandene liberale Politik
 aber, die den Bürgern zuhört,
 braucht dieses Land.

Von Jorgo Chatzimarkakis



Schon die „Freiburger Thesen“ der FDP (1971) stellten fest: „Die Gesellschaft sind wir alle“ – und forderten größtmögliche und gleichberechtigte Teilhabe aller. Durch die IT-Revolution gibt es neue Formen der Teilnahme. Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl 2010 sammelte die Unterzersetzeite „Joachim Gauck als Bundespräsident“, initiiert durch den Blogger Christoph Giesa, der ein Mitbegründer des Dahrendorfkreises ist, gut 37000 Unterschriften – eDemocracy 2.0, die funktioniert!

Anfang Januar haben sich Mandatsträger der FDP in Bundestag und Europa-Parlament zum Dahrendorfkreis zusammengeschlossen. Wir sehen uns in der Tradition seines Denkens, das um die Frage kreiste, welche „Lebenschancen“ eine gerechte Gesellschaft bieten muss. Wir suchen die Koordinaten für einen Liberalismus, der weit über das rein Ökonomische hinausgeht.

Es mag viele FDP-„Hasser“ erstaunen: Für Liberale steht in der Tat der Mensch im Mittelpunkt. Einst schrieb Karl-Hermann Flach, Mitautor der Freiburger Thesen und

leitender Redakteur der Frankfurter Rundschau, der FDP ins Stammbuch: „Die Frage nach der Zukunft der Freiheit, nach den Chancen des Liberalismus, bleibt gestellt. Es ist die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft.“

2011 muss das Jahr werden, in dem Fragen wie „Wozu FDP?“ nicht mehr gestellt werden. Der Dahrendorfkreis will da mit-helfen. Er tut das im offenen Dialog mit den Menschen, der dank Internet über „Facebook“ stattfindet. Dort schrieb der Teilnehmer Matthias Schüßler, dass die FDP die Aufgabe habe, „in einer Balance zwischen Freiheit und Verantwortung alle Politikfelder entsprechend dem Wertekatalog unserer Verfassung zu interpretieren und zu vermitteln“. Das Problem der FDP seien weniger die Inhalte, sondern ihre Glaubwürdigkeit, heißt es bei Schüßler. „Die FDP muss eine *Geisteshaltung* werden. Das ist sie nicht, deshalb hat sie auch keine Ausstrahlung und keine Aura und keine anziehende Kraft und muss Verbiegungen und Verrenkungen machen.“ Ein anderer Teilnehmer, Wilhelm Unrau, schrieb, ein liberaler Zukunftsentwurf müsse dazu beitragen, „Kreativität, Fantasie und Intelligenz der Menschen im Sinne des Einzelnen und für die Gesellschaft produktiv zu nutzen“.

Genau darauf wollen wir hinarbeiten. Lord Dahrendorf steht mit seinem Namen für ein Konzept, mit dem eine Gesellschaft die Talente ihrer Mitglieder zum Ausdruck bringen kann. Er sah Freiheit als Ausweitung der „Lebenschancen“. In der Gesellschaft muss jeder die Möglichkeit haben, seine Anrechte auf Teilhabe verwirklichen zu können. Sonst scheitert diese Gesellschaftsform. Der Dahrendorfkreis hält diese Vision auch heute für richtig. Er möchte sie kontinuierlich in der FDP entwickeln.

Liberale Politik hat eine Geschichte – und die FDP muss diese erzählen, sonst erzählt eines Tages die Geschichte von einer Partei namens FDP. So weit wollen wir es nicht kommen lassen.

Jorgo Chatzimarkakis ist Bundesvorstandsmitglied der FDP und Europaabgeordneter.

KOLUMNE

Weichgespült

MARCIA PALLY



Republikaner loben Obama, wenn er von Versöhnung spricht. Da fallen die US-Bürger doch vor Langeweile ins Koma.

läuft nicht einfach jemand Amok, nachdem er, sagen wir mal, die Fußnote 147 in „Gotteserkenntnis und Modernität in der Theologie Giorgio Agambens“ gelesen hat?

Ich bin also froh, dass die Woche der allgemeinen Nettigkeit vorbei ist. Da hier Debatten üblicherweise mit Schaum vorm Mund geführt werden, wissen wir wenigstens, wo es langgeht. Die Republikaner werden in dieser Woche, statt Kooperation zu heucheln, die Gesundheitsreform von Präsident Barack Obama killen, indem sie versuchen, sie im parlamentarischen Verfahren zu kippen. Dabei fangen sie schon mit einer Lüge an, in dem sie behaupten, die Gesundheitsreform würde Arbeitsplätze vernichten. Das ist zwar falsch, aber so arbeiten halt die Republikaner.

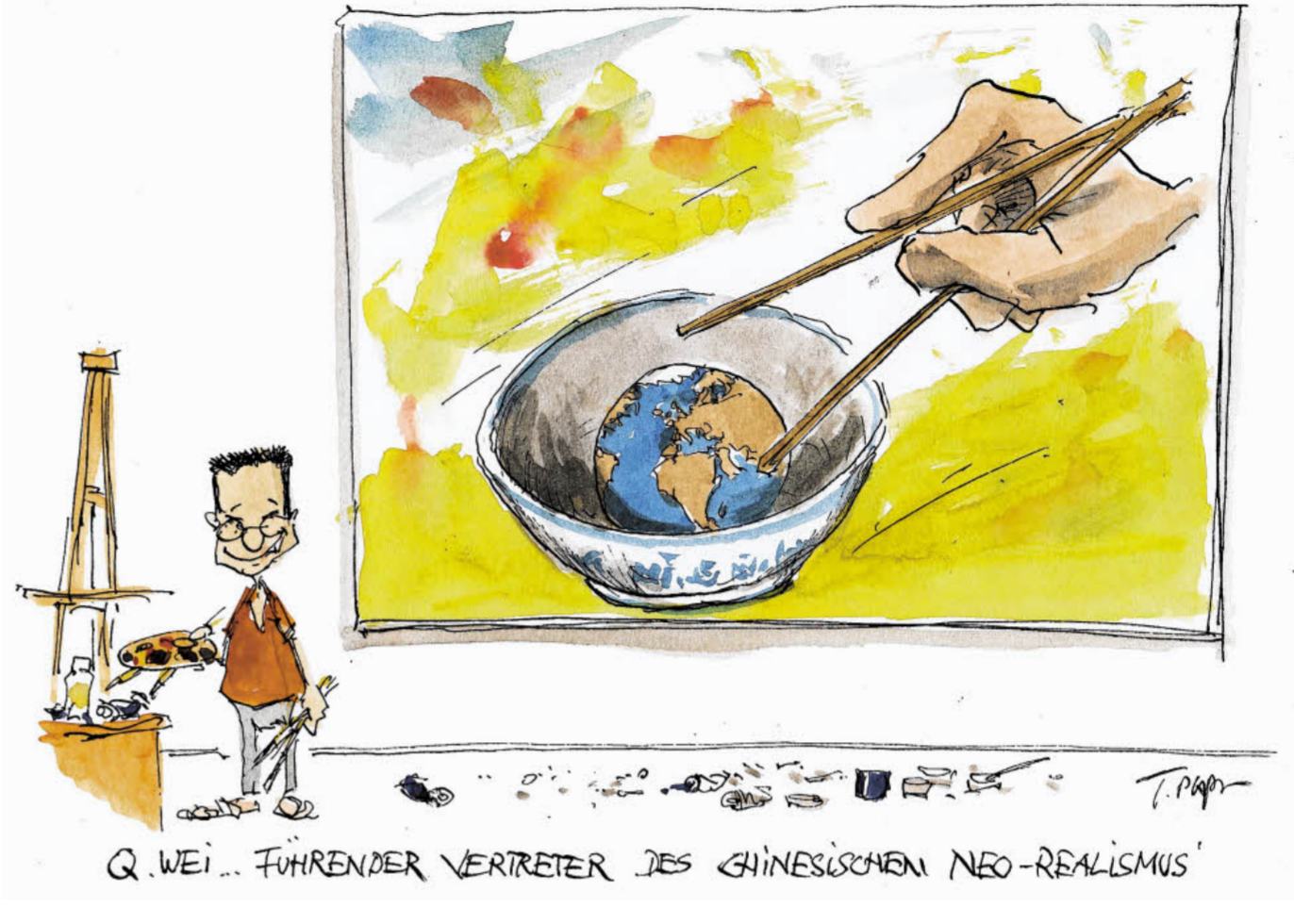
Sie behaupten auch, die Gesundheitsreform sei zu teuer. Unparteiische Haushalts-experten schätzen hingegen, dass das Bud-

getdefizit in zehn Jahren um mindestens 230 Milliarden US-Dollar steigt, wenn die Reform gekippt wird. Obamas Reform bedeutet: Versicherungen dürfen Kinder nicht ablehnen, die eine Kranken-Vorgeschichte haben, und sie können nicht Menschen, die krank werden, kündigen. Obamas Gesetz verlangt von den Versicherungen, dass sie 80 Prozent der Prämieineinnahmen für die medizinische Versorgung ausgeben. Nach 2014 dürfen Versicherungen auch keine Erwachsenen mehr ablehnen, die schon eine Kranken-Vorgeschichte haben.

Die Republikaner wollen all das streichen, um die Demokraten zu treffen, auf dass die geschlagen am Boden liegen und sich damit jede Art von Verhandlung oder Konsensfindung erledigt hat.

Wir leben in einem Land, in dem man sich im Parlament wie bei einer Schießerei benimmt. Da muss man sich nicht wundern, wenn Leute wie Jared Loughner genauso handeln. Er ist das Ergebnis von 400 Jahren amerikanischer Geschichte. Eine Woche nach dem Attentat auf Giffords meldete die Waffen-Messe in Tucson einen Besucherrekord.

Professor Marcia Pally lehrt Kulturwissenschaften an der New York University.
 Übersetzung: Christoph Albrecht-Heider



LEITARTIKEL

In alten Kleidern

BRIGITTE FEHRL



Zu früh gefreut: Das Lagerdenken ist noch nicht überwunden. Im Superwahljahr, das sich nun vielleicht auch auf Düsseldorf erstreckt, verfallen alle Parteien in vertraute Reflexe.

Es gibt in der Politik keine wirklichen Wiederholungen. Und doch erinnert der Beginn des Jahres 2011 sehr an das Jahr 1994. 1994 war ein sogenanntes Superwahljahr. Helmut Kohl war seit zwölf Jahren Kanzler in einer schwarz-gelben Koalition. Gewählt wurde nicht nur im Oktober der Bundestag. Abgestimmt wurde auch über das Europaparlament, acht Landtage und Kommunalparlamente. Es war ein Jahr, in dem man zu Beginn große politische Verschiebungen erwartete. Dem schwarz-gelben Lager ging es schlecht. Die Union hatte miserable Umfragewerte, und die Sozialdemokraten träumten begründet von der Rückkehr an die Macht. Doch im Juli hatte der damalige Spitzenkandidat der SPD, Rudolf Scharping, den Vorsprung verspielt, und die Umfragekurven kreuzten sich zugunsten der CDU.

Am Ende des Jahres 1994 war das große Erdbeben ausgeblieben. Die vielen tektonischen Verschiebungen in den Ländern aber – die SPD regierte in 14 von 16 Bundesländern mit, in fünf gar allein – lähmten das Land für die kommenden Jahre und bereiteten das Ende der schwarz-gelben Mehrheit im Bund vor. Das Beispiel soll zeigen, wie volatil schon vor 17 Jahren die Verhältnisse waren. Und so mancher, der jetzt schon die SPD wieder auf dem Weg zur Macht sieht, könnte sich irren.

In diesem Jahr wird in mindestens sieben Bundesländern gewählt. Vielleicht in acht, wenn Nordrhein-Westfalens Minderheitsregierung aus SPD und Grünen es schafft, die Opposition in Neuwahlen zu zwingen. Angesichts der möglicherweise verfassungswidrigen Haushalte dürfte es CDU und FDP schwerfallen zu begründen, warum sie sich dagegen sträuben. Zumal da der Gang zum Verfassungsgericht ihre Idee war. In gewisser Weise werden die Konservativen in Nordrhein-Westfalen

jetzt Opfer ihres Kampfgeistes. Denn der Zeitpunkt für Neuwahlen passt der Union gar nicht. Im Moment scheint es, als bereite die SPD – ähnlich wie Anfang 1994 – ihre Rückkehr auf die große Bühne vor.

Dass in Hamburg die schwarz-grüne Koalition vorzeitig zerbrochen ist und deshalb in diesem Februar gewählt wird, ist für die Sozialdemokraten ein Geschenk. Hamburg ist für die SPD so gut wie gewonnen. Olaf Scholz, so hoffen die Sozialdemokraten, könnte ein Trendsetter sein. Auch wenn am Ende dieses Jahres nicht 14 von 16 Ländern rot oder rot gesprenkelt sein werden wie 1994, neun könnten es sein. Deshalb wird die SPD alles dafür tun, diesen Trend für Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Neuwahlen, für die man die Opposition verantwortlich machen kann, wären für die SPD der Idealfall. Ist erst das Stammland der Sozialdemokraten, die politische Heimat von Johannes Rau, stabil erobert, wäre das für das Selbstbewusstsein der SPD von unschätzbarem Wert.

Dabei ist völlig offen, was die SPD angesichts ihrer mittlerweile strukturellen Schwäche mit diesem Aufwärtstrend anfangen kann. Denn überall dort, wo es für Rot-Grün nicht reicht, gibt es derzeit keine Machtperspektive. Angesichts der inneren Zerrissenheit der Linken, ihrer Führungslosigkeit, kommt die Partei im Westen als Koalitionspartner nicht infrage.

Seit es im Saarland eine sogenannte Jamaika-Koalition gibt und in Hamburg eine schwarz-grüne Regierung ausprobiert wurde, schienen die Lagerdebatten endlich beendet. Man konnte kurze Zeit darauf hoffen, es würde in den Ländern und auch im Bund Koalitionen der Vernunft und der Opportunität geben. Nicht Feind- und Lagerdenken würde die Koalitionsdebatten bestimmen, sondern es würde wahr werden, was alle immer behaupten, dass es nämlich um Sachfragen geht.

Doch seit die SPD wieder stärker wird und die Grünen zaghaft Führung fordern, hat sich die politische Debatte enttäuschend zurückentwickelt. Vielleicht war es naiv, an einen politischen Frühling zu glauben. Doch man erschrickt fast vor einer Union, die ohne jeden Skrupel und nur zum eigenen Vorteil in alte, überwunden geglaubte Reflexe verfällt. Konservativ-liberale gegen links – wohl wissend, dass keine der Parteien mehr in das alte Kleid passt. Und derzeit ist nicht erkennbar, dass die anderen Parteien, dass die Grünen und die SPD der Versuchung widerstehen, sich auf die Freund-Feind-Rhetorik einzulassen.

Nach einem Lagerwahlkampf aber geht entweder eine Seite als Sieger vom Platz. Oder alle als Verlierer. Nach einem verlorenen Lagerwahlkampf kann es nur schlechte Kompromisse geben. Und nur gebrochene Wahlversprechen. Das wissen alle Parteien, und alle haben darunter schon gelitten. Nur keine zieht daraus eine Lehre.

KOMMENTARE

Ungarischer Fehlstart

Von Werner Balsen

Verleumdungskampagne, Hexenjagd, Beleidigung der Ungarn – verbal ging es hoch her im Europäischen Parlament. Die Kritiker des ungarischen Mediengesetzes mussten sich einiges anhören von Konservativen und extrem Rechten im Hohen Haus. Deren aggressive Verteidigung der Regierung in Budapest dürfte auch Premier Victor Orban nicht gefreut haben: Manche Typen, die ihm besprangen, diskreditierten seine Sache eher.

Es gibt an dem Gesetz einiges, was Demokraten misstrauisch machen muss. Das ist im Parlament mehrfach genannt worden: etwa die Kombination von Vorschriften, Auflagen und die einseitige Zusammensetzung des Medienrats. Die Konservativen, zu denen die ungarische Regierungspartei Fidesz gehört, interpretierten dennoch jede Kritik am Gesetz als Angriff auf die Ungarn und deren EU-Ratspräsidentschaft. Um den abzuwehren, schreckte der deutsche CDU-Abgeordnete Werner Langen nicht davor zurück, das ungarische Gesetz auf eine Stufe mit den Düsseldorf Medienregeln zu stellen.

Nein, die Debatte gestern war keine Sternstunde im Parlament. Damit haben die Abgeordneten die Chance verspielt, das Versagen der Brüsseler Kommission zu kompensieren. Die Hüterin der EU-Grundwerte hält sich stark zurück, die zuständige Kommissarin Viviane Reding ist vollends abgetaucht. Und die Ratspräsidentschaft bringt nicht den politischen Willen auf, das Gesetz zurückzuziehen, bis alle Zweifel ausgeräumt sind. Dazu ist Orban zu stur.

Mit Ruhm hat sich damit keine EU-Institution bekleckert. Auch das ist kein guter Start für den ungarischen Vorsitz.

Schäuble bockt

Von Timot Szent-Ivanyi

Diese Einigung im Steuerstreit hätte die Koalition früher erreichen können. Aber nein, Wolfgang Schäuble bockte wie ein kleines Kind und beharrte darauf, die Werbungskostenpauschale erst 2012 anzuhaken. Natürlich gehört es zu den Aufgaben eines Finanzministers, Forderungen nach Mehrausgaben im Keim zu ersticken. Doch es geht nur um eine lächerliche Entlastung von höchstens drei Euro im Monat, die den Staat insgesamt 330 Millionen kostet. Diese Summe ist für den Haushalt leicht verkraftbar, schließlich läuft die Konjunktur nicht schlecht.

Da sich die höhere Pauschale für die Arbeitnehmer kaum auswirkt, könnte man geneigt sein, Schäuble recht zu geben. Doch oft geht es in der Politik um eine Signalwirkung. Sollten Union und FDP beabsichtigt haben, mit den Steuervereinfachungen mal Geschlossenheit zu demonstrieren, ist das gründlich schiefgegangen. Am Ende bietet sich wieder nur das Bild eines zerstrittenen Haufens. Dabei fällt auf, dass immer öfter der Finanzminister dafür verantwortlich ist, dass Konflikte eskalieren. Das sollte Kanzlerin Angela Merkel zu denken geben.